

BESCHLUSS

des Bundesvorstands der FDP, Berlin, 11. März 2024

Für einen liberalen Umgang mit Sprache und gegen ihre politische Instrumentalisierung

Die FDP setzt sich für einen liberalen Umgang mit der deutschen Sprache und gegen ihre politische Instrumentalisierung ein.

Die FDP steht für die Gleichberechtigung der Geschlechter und den Respekt vor dem Individuum. Deshalb begrüßen wir die Debatte um die „gendergerechte Sprache“ als einen Aspekt des gesellschaftlichen Ringens um den Respekt gegenüber allen Individuen.

Rigoreuse Vorgaben zur Verwendung von gendergerechter Sprache durch Schulen, Hochschulen, staatliche Verwaltungen, halbstaatliche oder staatlich beauftragte Einrichtungen sowie durch die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten lehnen wir jedoch ab. Entsprechende organisationsinterne Vorgaben dürfen nicht verbindlich sein und dürfen nicht zu Sanktionen führen, insbesondere bei Benotungen.

Die FDP spricht sich gegen die Instrumentalisierung des Kulturguts Sprache für politische Ziele aus. Sprache wandelt sich analog zu gesellschaftlichen Entwicklungen; sie ist eine verbindende Gemeinsamkeit innerhalb einer freien Gesellschaft. Sie trägt daher auch einem sensibler und ausgeprägter werdenden Verständnis von Respekt und Anerkennung Rechnung.

Sprachliche Reglementierungen, die Rechtschreibung und auch den mündlichen Ausdruck einschneidend verändern und dabei nicht auf gesellschaftlichen Konsens achten, können nicht Teil einer liberalen Gesellschaft sein. Wer texterweiternde Nennungen von unterschiedlichen Geschlechtern und Identitäten wünscht, soll das tun, wer es nicht will, soll es beim generischen Begriff belassen – alle sollen hier frei sein, sich so auszudrücken, wie sie es wollen.

Sowohl bei der Kultusministerkonferenz als auch im Rat für Rechtschreibung ebenso wie in allen staatlichen Institutionen setzt sich die FDP für einen liberalen Umgang mit gendergerechter Sprache ein.